

DEUTSCHLAND

„Vom Zeitgeist habe ich genug“

Helmut Kohl gibt sich selbstsicher, er werde kein „Übergangskanzler“ sein. Der Christdemokrat setzt auf kleinbürgerliche Ängste und auf die Sehnsucht vieler Wähler

nach Harmonie. Doch schon werden in der Union Zweifel laut, ob Kohls gemütvoller Allerweltssprüche genügen, bei Neuwahlen am 6. März die Mehrheit zu erobern.

Die Woche geriet dem neuen Kanzler nicht gerade elegant.

Bei seinem Antrittsbesuch in London begrüßte Helmut Kohl die Premierministerin Margaret Thatcher vergangenen Dienstag korrekt, aber gespreizt.

„So good to see you“, sprach der „neue deutsche Führer“, als den ihn die BBC in ihren Radionachrichten angekündigt hatte.

Damit war der englische Wortschatz des Bonner Regierungschefs bereits erschöpft. Fortan verlegte sich Kohl aufs Lächeln.

Maggie Thatcher blieb es vorbehalten, die Initiative zu ergreifen. „Shake hands“, ordnete sie an. Kohl tat, wie ihm geheißen, schüttelte die Hand der Falkland-Siegerin und ging dann, von ihr geleitet, vorbei an einem Bildnis Winston Churchills zum Dinner in das Gesellschaftszimmer von Nummer 10, Downing Street.

Zwei Stunden später, beim Abschied, brachte Maggie den deutschen Konservativen vor der Presse in Verlegenheit: Sie nahm ihn für ihren bislang erfolglosen Wirtschaftskurs in Anspruch.

Die Tory-Chefin schilderte die Begegnung als „ein Treffen Gleichgesinnter“, die „ziemlich ähnliche Ideen, vor allem beim Überwinden der weltweiten Rezession“, entwickelt hätten.

Tags zuvor hatte der neue Regierungschef in Berlin dargestellt, wie er daheim gegen die Arbeitslosigkeit angehen will: „Die schwierigen öko-

nomischen Probleme unserer Zeit können wir nur lösen, wenn wir die geistig-moralische Herausforderung begreifen.“

Dann sagte er: „Ich bin kein Freund pathetischer Worte“ – und legte los. Zur nationalen Frage: „Wir brauchen einen langen Atem vor der Geschichte.“ Zur Nato: „Das ist ein Stück Credo europäischer Geschichte.“ Zum Zeitgeist: „Davon habe ich in Bonn genug, dafür fahre ich nicht nach Berlin.“ Im übrigen müsse es ein Ende haben, daß immer nur gegen etwas demonstriert wird, er wolle für etwas demonstrieren, auch für Berlin.

Schwierigkeiten hat der Positivist Kohl nicht nur beim Artikulieren in Englisch und Deutsch. Auch mit dem Protokoll hapert es. Als am Donnerstag Frankreichs Präsident François Mitterrand zu Routine-Konsultationen nach Bonn kam, klappte das Abschreiten der Ehrenformation noch nicht so recht. Erst marschierte Kohl auf der falschen Seite neben seinem Gast einher, dann vergaß er, ordnungsgemäß die Fahnen zu grüßen.

Doch so ungenau Helmut Kohls erste Schritte auf nationalem und internationalem Parkett auch wirken, seine Geg-



Bonn-Besucher Mitterrand, Gastgeber Kohl: „Das ist ein Stück Credo“



London-Besucher Kohl, Gastgeberin Margaret Thatcher: „So good to see you“

ner bei der SPD sind weit davon entfernt, den Christdemokraten zu unterschätzen.

Mag Kohl mit linkischem Auftreten und geschwollenen Sprüchen noch so sehr gegenüber seinem international gewandten Vorgänger Helmut Schmidt abfallen – die Profis in der SPD-Zentrale wissen, wie schwer es wird, jenen Mann wieder vom Kanzlerstuhl zu hebeln, der die Sozialdemokraten 1976 aus der Opposition heraus mit einem Bundestagswahlergebnis von 48,6 Prozent das Fürchten gelehrt hat.

Wie sicher der neue Kanzler seiner selbst ist, demonstrierte er bei einem Spitzengespräch mit westdeutschen Industriellen. Der CDU-Mann, so ein Teilnehmer beeindruckt, habe „Selbstgewißheit nicht aus Dummheit“ vorgeführt.

Die im Kanzleramt versammelten Manager hatten, am vorletzten Freitag, an der Weisheit der Beschlüsse des Schmidt-Nachfolgers herumgemäkelt: Neuwahlen am 6. März 1983 seien von Übel, die Union könne die gerade eroberte Macht wieder verlieren; die Industrie werde mit den dringend erwünschten Investitionen weiter warten, niemand wisse ja, was dann komme.

Kohl gab zurück. „Verlassen Sie sich darauf“, wies er die Wirtschaftsleute zurecht, „daß ich auch nach dem 6. März Kanzler bin. Ich bin kein Übergangskanzler.“

Dann legte er dar, warum er so fest an seine Zukunft glaubt. In der Bundesrepublik gebe es, wenn sich die Gemüter erst wieder beruhigt hätten, keine Mehrheit für Sozialdemokraten und Grüne. Und sollte am 6. März die FDP auf der Strecke bleiben, sei das auch nicht so schlimm. Die Union, in Umfragen stets

weit vor der SPD, könne mit der absoluten Mehrheit der Mandate rechnen, wenn die FDP-Sitze unter den Parlamentsparteien entsprechend ihrer jeweiligen Stärke aufgeteilt würden.

Im Wahlkampf will Kohl gar nicht erst versuchen, mit Sachkompetenz zu glänzen. Er möchte sich vielmehr als Kanzler fürs Herz, als Staatsmann präsentieren, dem das „Seid nett zueinander“ Lebensmotto ist.

Diesem Konzept sind die „drei Herausforderungen“ zugeordnet, unter die er seine Kanzlerschaft stellen will.

Kohl will entdeckt haben, daß ein tiefer Riß durch das bundesdeutsche Volk geht. Bei langen Ferienspaziergängen rund um den Wolfgangsee kam ihm das Schreckensbild einer bundesdeutschen „Konfliktdemokratie“, mit der es nur ein böses Ende nehmen könne. Die Sozialdemokraten hätten mit ihrer Polarisierung die Deutschen nochmals geteilt. Diese Teilung will er überwinden, das Volk „wieder zusammenführen“.

Die andere Spaltung der Deutschen, Herausforderung zwei, gelte es zumindest im Bewußtsein zu halten. Deswegen, und weil es ankommt beim Wahlpublikum, spricht Kohl seit Wochen stets vom „Vaterland“.

Dritter Punkt auf der Kohl-Liste ist Europa. Wenn der CDU-Kanzler beim ersten Blitzbesuch in Paris Staatspräsident Mitterrand 37 Jahre nach Kriegsende mit dem Bekenntnis verstört, die deutsch-französische Aussöhnung müsse jetzt endlich vorankommen, oder wenn er die europamüde Maggie Thatcher mit dem Geständnis nervt, die Europäische Gemeinschaft sei die „Sehnsucht meiner Jugendjahre“ gewesen, dann ist das

mehr als die Tolpatschigkeit des Newcomers: Kohl träumt davon, ein Europa-Kanzler zu werden, der die Einigung des Kontinents entscheidend vorwärtstreibt.

Erst einmal spekuliert der Christdemokrat auf das Harmonie-Bedürfnis im eigenen Vaterland, auf die Bereitschaft der Wähler, Probleme zu verdrängen. „Die Gemeinschaftsmasche“, so einer seiner engen Mitarbeiter, „kommt gut an bei den Leuten. Das wissen wir aus dem Bundestagswahlkampf '76. Da ist Kohl unschlagbar.“

Wie ein Leitmotiv variiert Kohl in allen Reden und Auftritten seine Botschaft von Einigkeit und Gemeinsamkeit. Dem Kanzler Helmut Schmidt hat er stets vorgeworfen, der zeige keine „geistige Führung“. Der Kanzler Kohl dagegen, so möchte er bei jeder Gelegenheit suggerieren, weiß, was das ist; ihm geht es vor allem um eine Wende in den Köpfen.

Das Ökonomische, predigt Kohl, sei „die Folge des Geistig-Moralischen, und nicht umgekehrt“. Die „geistig-moralische Herausforderung“ definierte er vor Millionenpublikum im Fernsehen so: „Wir müssen das Wir wieder deutlicher begreifen. Und das Ich muß in das Wir eingebracht sein.“

Wer so redet, riskiert ständig, die Grenze vom Erhabenen zum Lächerlichen zu überschreiten (siehe Seite 248). Doch Kohl stört das nicht. „Viele lächeln über meine Thesen, doch das läßt mich ziemlich gleichgültig“, verkündete er in Berlin.

Mit Bedacht setzt Kohl auf das Kleinbürgerliche. Er nutzt Angst und Verunsicherung, die bei vielen Wählern durch Demonstrationen, Protestbewegungen und Massenarbeitslosigkeit gewachsen sind.

Was er sagt, ist wenig konkret; aber er trägt es mit Aplomb und Bestimmtheit vor. Dahinter steckt die Hoffnung, daß die Mehrheit sich am Ende hinter dem formiert, der die wenigsten Selbstzweifel erkennen läßt.

Dabei passieren dem Kanzler, der Rechtschaffenheit zum Programm erhoben hat, gelegentlich Entgleisungen. „Wir wollen nicht, daß die geballte Faust des Genossen, sondern die ausgestreckte Hand des Partners Symbol für unsere Zeit und für die Zukunft ist“, so Kohl im Bundestag.

Der Satz, der sich anhört wie eine Aufforderung zu Fairneß und Gemeinsamkeit, ist eher als Verunglimpfung der Sozialdemokraten gedacht. Doch ungeführt redet Kohl weiter von der Notwendigkeit, zusammenzustehen und keine Gräben aufzureißen.

Daß all die herzigen Parolen ausreichen, um bei Neuwahlen vorn zu bleiben, daran beschleichen freilich Kohls Christenfreunde allmählich Zweifel. In der CDU/CSU-Fraktion wird bereits vorsorglich die Schuld verteilt, wenn es am 6. März doch nicht klappen, wenn Wirtschaftsflaute und galoppierende Arbeitslosenzahlen die Rechtskoalition einholen sollten.

Ein besonders schwerer Fehler sei es gewesen, streuten Christdemokraten aus der Fraktionsführung, daß Kohl nicht alles daran gesetzt habe, Gerhart Baum und den linksliberalen Teil der FDP für den Wechsel zu gewinnen. Eine Rechts-FDP werde am 6. März der Union nur Stimmen wegnehmen und nichts bringen. Dafür aber sei das „Kanzlerintermezzo ein zu hoher Preis“ (ein Präsidiumsmitglied) gewesen.

Je weiter der Zerfallsprozeß der liberalen Partei fortschreitet, desto mehr Zustimmung ist Walther Leisler Kiep für sein Wort gewiß: „Man holt sich die Braut nicht von der Intensivstation.“

FDP

In Seenot

Genschers Kritiker in den eigenen Reihen wollen auf dem FDP-Parteitag Anfang November die Diskussion um die Nachrüstung neu eröffnen.

Handschriftlich fügte Günter Verheugen, Mitautor eines eilig verfaßten Bändchens* der FDP-Kritiker zum Seitenwechsel ihrer Partei in Bonn, einen Satz in sein getipptes Manuskript ein. „Kontinuität allein reicht nicht“, merkte der zurückgetretene FDP-Generalsekretär zur Außenpolitik der konservativ-liberalen Koalition an, „der Wille zur Weiterentwicklung darf nicht fehlen.“

Verheugens scheinbar harmlose Korrektur bedeutet in Wirklichkeit eine Kampfansage der Parteilinken an Hans-Dietrich Genscher, den selbsternannten Garanten dieser Kontinuität.

Die Kritiker des Wendemanövers wollen nächste Woche auf dem FDP-Parteitag in Berlin gerade das „Leitwort“ (Genscher) vom nahtlosen Übergang in einem zentralen Bereich zur Disposition stellen: Sie planen den Ausstieg der FDP aus der Nachrüstung.

Bei der Auseinandersetzung um die amerikanischen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper, die ab Ende 1983 in der Bundesrepublik aufgestellt werden sollen, zeige sich der Parteivorsitzende kontinuierlich stur, berichten seine Widersacher. Für sie steht schon jetzt fest, daß Genscher den Russen die Schuld für das vorhersehbare Scheitern

der Genfer Verhandlungen zuschieben und die neuen Raketen ins Land holen will.

Obwohl „der Widerstand gegen die atomare Hochrüstung auf deutschem Boden beinahe täglich wächst“, wie Ex-Generalsekretär Verheugen beobachtet hat, ignoriert der amtierende Außenminister, daß große Teile seiner Partei in der Raketenfrage eine Wende wollen. Immer häufiger, stellt Verheugen fest, werde gefragt, „ob die Nachrüstungsautomatik des Nato-Doppelbeschlusses tatsächlich so hingenommen werden kann“.

Schon als die Freien Demokraten noch ihr solides Stimmenpolster von 10,6 Prozent aus der Bundestagswahl von 1980 besaßen, sei die Nachrüstung unter liberalen Wählern unpopulärer als in anderen Bundestagsparteien gewesen, weiß Verheugen aus vertraulichen Umfragen

im Fall seiner Abwahl als Parteichef sein Amt als Außenminister dranzugeben, empfanden nicht nur sozialliberale Parteigänger im FDP-Lager als Erpressung. Als dann auch noch Genscher-Gehilfen verbreiteten, das gesamte liberale Ministerquartett stehe zur Disposition, wenn Genscher in Berlin falle, erregte sich Gerhart Baum: „Wo kommen wir denn hin, wenn die mit Massenrücktritt drohen, nur weil wir einen anderen Parteivorsitzenden wählen wollen!“

Mit seinem Dakapo, so hoffen die Gegner der Nachrüstung, nütze der Parteivorsitzende ihrer eigenen Sache. Einmal wiedergewählt, werde Genscher nicht erneut mit seinem Rücktritt drohen können, wenn die Delegierten Zweifel am Nato-Doppelbeschuß äußerten. Verheugen: „Das Instrument der Vertrauensfrage ist erschöpft.“



tz, München

Voraussichtlicher Duellausgang

des Kanzleramtes. „Die Forderung nach einer Öffnung des Nato-Doppelbeschlusses“, prophezeit der ehemalige Parteimanager, „ist sicher mehrheitsfähig.“

Daß Verheugen die Stimmung an der Basis richtig einschätzt, zeigte schon der FDP-Parteitag im Mai 1981. Damals konnte Genscher die 400 Parteitagsdelegierten nur mit der Drohung disziplinieren, er werde zurücktreten, sollte ihm die Partei in der Nachrüstung die Gefolgschaft verweigern. Ein zweites Mal, glauben Genschers Gegner, werde ihm eine solche Seelenmassage mißlingen – zumindest in der Raketenfrage.

Trotz der massiven Intervention des Parteichefs stimmte über ein Viertel der Delegierten gegen die neuen westlichen Raketen. Und gute 40 Prozent votierten; als Alternative zu den landgestützten, für Mittelstreckenwaffen auf See.

Gleichwohl griff der angeschlagene Taktiker letzte Woche erneut zum letzten Mittel. Die Ankündigung Genschers,

Weil Genscher um dieses Risiko weiß, halten es Anhänger wie Gegner des FDP-Chefs für unwahrscheinlich, daß es schon in Berlin zum Tribunal der Liberalen über die Atomrüstung kommt. Aber eine Vorentscheidung über den Abschied von der Nachrüstungsautomatik steht Genscher ins Haus.

So wollen die baden-württembergischen Freidemokraten unter Jürgen Morlok (der FDP-Abgeordnete Friedrich Hölscher: „Ein Genscher ohne Vorstrafen“) „Art, Ausmaß und Zeitpunkt“ der Stationierung neuer Atomraketen 1983 von einem Parteitag überprüfen lassen. Ein solches Parteiurteil und damit zumindest einen Aufschub bei der Nachrüstung strebt auch der Landesverband des Genscher-Konkurrenten Uwe Ronneburger an.

Auch die Autoren eines „Liberalen Manifestes“ um Günter Verheugen drängen auf ein Votum zur Nachrüstungsdebatte. „Die Partei“, so Genschers Ex-Vertrauter, „muß 1983 ja oder

* Helga Schuchardt/Günter Verheugen (Hrsg.): „Das liberale Gewissen“. rororo aktuell; ca. 160 Seiten (erscheint Anfang November).